

Ziele

In der Universitätsstadt Tübingen sollen Stadtteile mit besonderen Herausforderungen gestärkt werden, um die soziale Integration der verschiedenen Bevölkerungsgruppen besser bewältigen zu können. Es geht um die verbesserte Kommunikation untereinander, die Anregung gegenseitigen Austauschs, um erweiterte Handlungs- und Teilhabemöglichkeiten insbesondere für Menschen mit eingeschränkten Einflussmöglichkeiten, um Konfliktprävention sowie um niederschwellige und alltagsnahe Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten.

In der Sozialkonzeption finden sich zur Stärkung von Sozialräumen folgende Empfehlungen:

- Inklusive lebendige Orte ausbauen
- Tübinger Stadtteiltreffs weiter entwickeln
- Familientreffs und Stadtteilschulen weiter entwickeln
- Nachbarschaftshilfe und Willkommenskultur
- Stadtteilsozialarbeit und Stadtteilmanagement

Sehr ähnliche Anregungen finden sich in den Ergebnissen der Studie „Gute Chancen für alle Kinder, nämlich

- Ausbau der allgemeinen Sozialberatung
- Weiterentwicklung von Kitas und Schule als Orte für die ganze Familie.

Beide Untersuchungen sind Ausgangspunkt dieser Konzeption.

Adressaten

Stadtteile mit besonderen Herausforderungen in Tübingen sind nach derzeitigem Stand:

- Waldhäuser-Ost,
- Weststadt
- Südstadt.

Die Einordnung erfolgt in Anlehnung an die Sozialkonzeption, die vom Planungsbüro „Weeber & Partner“ im Dezember 2014 vorgestellt wurde. Danach zeichnen sich diese Sozialräume durch einen erhöhten Anteil an Menschen in Armutsverhältnissen aus, vielen zugewanderten Menschen, davon etliche mit Erfahrungen als Flüchtlinge, und erhöhtem Jugendhilfebedarf. Im Bereich von Waldhäuser-Ost leben darüber hinaus besonders viele alte Menschen und Menschen mit Behinderung.

Konzeptidee

Um die oben genannten Ziele zu erreichen, gleichzeitig aber auch Doppelstrukturen zu vermeiden, sollen in den zur Diskussion stehenden drei Stadtteilen die bestehenden Ansätze gemeinwesenorientierten Handelns aufgegriffen und räumlich aber auch organisatorisch zu Stadtteil- und Familienzentren zusammengeführt werden. Die bestehenden Ansätze entspringen unterschiedlichen Wurzeln und betreffen sowohl bürgerschaftlich geprägte Initiativen als auch richtungsweisende professionelle Arbeit.

Die wichtigsten Impulse zu stadtteilorientierten Hilfen kommen derzeit aus drei Quellen: den Stadtteiltreffs, der Öffnung der Kindertageseinrichtungen zu Familientreffs und der gemeinwesenorientierten Jugendhilfe in der Südstadt.

a) Stadtteiltreffs

Die Bildung von sechs Stadtteiltreffs (Waldhäuser-Ost, Derendingen, Donnerstagscafé in der Südstadt, Dorfgemeinschaftshaus Kilchberg, Dorfcabé Pfrondorf, Stadtteiltreff Mitte-West) wurde

durch die StadtseNIorenplanung angestoßen, sie sind nahezu ausschließlich ehrenamtlich organisiert. Ihr Selbstverständnis ist heute nicht auf die Seniorenarbeit begrenzt sondern zielgruppenübergreifend.

Daneben existieren Organisationen mit ähnlichen Anliegen, aber anderen inhaltlichen Schwerpunkten. Zunächst der Familientreff Elkiko, der dem Gedanken der Selbstorganisation verpflichtet Möglichkeiten von Austausch, Kinderbetreuung aber auch Cafés für etliche ethnisch orientierte Communities anbietet, wie das Café für spanisch Sprechende. Beim „Werkstatthaus“ stehen Angebote des kreativen Gestaltens, der Nutzung von Werkstätten zur Eigenproduktion und zur Reparatur im Vordergrund. Aber auch das Werkstadthaus dient als Treffpunkt, bietet Möglichkeiten der Feriengestaltung für Kinder und steht als Raum für private Feiern zur Verfügung.

b) Familientreffs

Angeregt durch die Arbeit der Familienbeauftragten haben sich Kindertageseinrichtungen auf den Weg gemacht, die Familien stärker in ihre Arbeit mit einzubeziehen. Sie bieten mindestens einmal in der Woche einen Familientreff an, der dem gegenseitigen Kennenlernen, dem Austausch und den gemeinsamen Aktivitäten mit Kindern dient und der nicht auf die Elternschaft der Einrichtung beschränkt ist. In etlichen Familientreffs werden diese Aktivitäten ganz überwiegend von den Eltern organisiert, in anderen ist eine stärkere Unterstützung der Einrichtung notwendig. Familientreffs bestehen derzeit an acht Einrichtungen:

- Kinderhaus Waldhäuser-Ost
- Janusz-Korzczak-Kinderhaus
- Kinderhaus Weststadt
- Kinderhaus „Ein Ort für Kinder“ in Hirschau (Kokon e.V.)
- Kita am Neckarbogen (Kokon e.V.)
- Katholischer Kindergarten „St. Pankratius“ in Bühl
- „Fränzchen“ im Werkstatthaus
- Katholisches Kinderhaus „Helene von Hügel“ auf der Wanne

c) Bürgertreff „Nase“

Aus akutem Unterstützungsbedarf für Familien ist die Nachbarschaftliche Selbsthilfe in der Südstadt, „Nase“, hervorgegangen. Viele arme Familien in der Südstadt, fast ausschließlich mit Migrationsbiografie, hoher Unterstützungsbedarf für Kinder veranlasste den Träger der Jugendarbeit zusammen mit dem Landkreis als Jugendhilfeträger, über quartiersbezogene Angebote für Familien, insbesondere für Frauen und Kinder nachzudenken. Eine kleine Wohnung war die Anlaufstelle, in der die Familien sich treffen und austauschen konnten, Vermittlung der deutschen Sprache und Kultur ganz niederschwellig stattfand und über Möglichkeiten des sozialen Hilfesystems so informiert werden konnte, dass die Angebote auch angenommen wurden.

Bei der baulichen Umgestaltung des Quartiers hatte sich die Stadt entschlossen, diesen erfolgreichen Ansatz mit mehr Raum zu unterstützen. Es entstand der Bürgertreff am Janusz-Korzczak-Weg, der als Raum den Bewohnern des Quartiers als Treffpunkt zur Verfügung steht und von interessierten Gruppen mit Stadtteilbezug genutzt werden kann. Die Nutzung wird von der „Nase“ koordiniert. Derzeit ist dort mit einem zeitlich begrenzten Arbeitsauftrag eine Sozialarbeiterin mit dem Schwerpunkt Gemeinwesenarbeit tätig, die insbesondere die Umgestaltung des Quartiers Wennfelder Garten mit Bewohnerinformation und Bewohnerversammlungen begleitet.

Schon heute nutzen in der Südstadt und in der Nordstadt die Familientreffs die Räume des Stadtteil- und des Bürgertreffs für die Aktivitäten der Familientreffs. Was zunächst eher aus Not geschah, erwies sich in beiden Fällen als Vorteil. Das Verlassen der Räume schafft einen anderen, freieren Kontext, die angestammten Rollen können eher verlassen werden und, nicht zuletzt, die Verbindung zu anderen Aktivitäten im Stadtteil wird zwanglos gebahnt.

Definition Stadtteil- und Familienzentren

a) Räume

Stadtteil- und Familientreffs sind zunächst als räumliche Kristallisationspunkte von Engagement und Aktivitäten im Sozialraum zu verstehen. In allen drei genannten Stadtteilen sollen Räume zur Verfügung stehen, die von Bewohnerinnen und Bewohnern des Stadtteils genutzt werden können. Die Räumlichkeiten sollten mindestens 100qm, besser 150 qm umfassen. Sie dienen der Kommunikation und Begegnung, der Information und Bildung sowie der Anregung zu gemeinsamem Tun und Handeln.

Bisher steht sowohl in der Nordstadt wie in der Südstadt ein geeigneter Raum zur Verfügung. Die Erfahrung zeigt, dass beide Treffs mittlerweile an ihre räumlichen Grenzen gekommen sind. Die Nachfrage ist groß, so dass Parallelangebote sinnvoll wären. Aber auch Differenzierungsmöglichkeiten bei größeren Gruppen wären hilfreich, etwa wenn bei Familientreffs die Kinder im Nebenraum spielen könnten; nicht immer sind die unterschiedlichen Interessen von Eltern und Kindern in einem Raum sinnvoll zur Deckung zu bringen. Es sollte deshalb angestrebt werden, die Räumlichkeiten auszuweiten, was möglicher Weise im Norden wie im Süden möglich ist. In der Weststadt fehlt bislang ein räumliches Zentrum.

b) Zentren der Vernetzung

Das räumliche Zentrum bildet, so der Vorschlag dieser Konzeption, gleichzeitig den Kern des Zusammenschlusses verschiedener Einrichtungen zu einem Familienzentrum als Arbeitsverbund von Einrichtungen im Stadtteil mit besonderem Bezug zu Kindern und Familien; also etwa Kitas, Grundschulen und Jugendtreffs. Sie alle sollen diese Räume nutzen können, gleichzeitig ist die Nutzung durch verschiedene Partnerinnen und Partner nahezu nebenbei eine Aufforderung zu Kooperation und Vernetzung. Der Zusammenschluss der Einrichtungen zu einem Stadtteil- und Familienzentrum soll auch dazu anregen, das Raumangebot der kooperierenden Einrichtungen, etwa in Kirchengemeinden oder in Grundschulen zusätzlich zu nutzen und die räumlichen Möglichkeiten

so zu erweitern. Darüber hinaus sollen die Einrichtungen in den professionellen Strukturen der Stadtteil- und Familienzentren Ansprechpartner für Hilfe und Unterstützung in besonderen Situationen finden. Die Bildung von stadtteilbezogenen „Familienkonferenzen“ wird angeregt.

c) Stadtteilorientierte Sozialarbeit als Unterstützungsstruktur

Die Arbeit der Stadtteil- und Familienzentren soll durch stadtteilorientierte, professionelle Sozialarbeit unterstützt werden und zwar – entsprechend den Empfehlungen der oben genannten Untersuchungen - mit zwei Schwerpunkten: allgemeine Sozialberatung und Gemeinwesenarbeit.

– Allgemeine Sozialberatung

Die allgemeine Sozialberatung soll dem in der Armutsstudie häufig geäußerten Wunsch von Familien nach überschaubaren Strukturen und leichter Erreichbarkeit der Beratung, gebunden an vertraute Personen, entgegenkommen. Die Beratung soll umfassend offen sein für die Notwendigkeiten des Alltags; dazu gehören Beratung beim Ausfüllen von Anträgen und Formularen, umfassende Kenntnis von Hilfsstrukturen und Vergünstigungen ebenso wie das Erreichen von Zugängen zu differenzierteren Beratungen wie Schuldnerberatung oder Erziehungsberatung. Die Sozialberaterinnen und -berater sollen für die in der Armutsprävention aktiven Tübinger Ansprechpartner (TAPs) die direkten Ansprechpartner vor Ort sein. Sie hat Lotsenfunktion zu differenzierteren Beratungsangeboten wie z.B. Schuldnerberatung, Erziehungsberatung oder Pflegestützpunkt.

Gemeinwesenarbeit (GWA)

Der Schwerpunkt Gemeinwesenarbeit soll zu lebendigen und lebenswerten Stadtquartieren für alle Generationen beitragen. Die GWA sichert die Vernetzung der Hilfen vor Ort und stärkt die Sozialraum-

orientierung aller sozialen, erzieherischen und schulischen Angebote und Dienste. Aufgabe der GWA wird es sein, bestehende Angebote zu unterstützen und zu vernetzen sowie neue, bedarfsgerechte Angebote unter Einbindung des bürgerschaftlichen Engagements zu initiieren und zu begleiten. Sie dient der Herstellung von Öffentlichkeit im Stadtteil auch für Interessengruppen, die es schwerer haben sich zu artikulieren, repräsentiert einen aufsuchenden und präventiven Arbeitsansatz und erschließt Ressourcen im Stadtteil für gegenseitige Unterstützung und Solidarität bei der Bewältigung von Problemen und Krisensituationen.

d) Personelle Ausstattung

Pro Sozialraum soll eine Vollzeitstelle zur Verfügung gestellt werden, die entweder von einer Person wahrgenommen werden kann, die beide Arbeitsbereiche abdeckt oder auf zwei Personen mit je 50 % des Stellenumfanges aufgeteilt werden kann. Der Landkreis hat zugesagt, die Arbeit im Umfang von 0,25 einer Vollzeitstelle zu fördern.

e) Organisationsstruktur

Das Konzept ist als Weiterentwicklung des Bestehenden gedacht, deshalb gilt es, die professionellen Strukturen sorgsam in die bestehenden bürgerschaftlichen Strukturen einzubetten. Interessant erscheint es, den bürgerschaftlichen Organisationen, etwa dem Stadtteiltreff Waldhäuser-Ost Tübingen e.V. die Verantwortung für Ausstattung und Gestaltung der Räume zu übertragen, in denen auch die professionelle Sozialarbeit stattfinden kann. An der Raumvergabe an Gruppen und Organisationen sollte der/die Sozialarbeiter/in beteiligt sein, es ist an die Bildung eines Vergabeteams gedacht.

Umsetzung

In den Stadtteilen Waldhäuser-Ost und in der Südstadt kann nach Auffassung der Verwaltung noch in diesem Jahr mit der Umsetzung begonnen werden (vgl. Vorlage 89/2015). In der Weststadt soll die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten vorangestellt werden.

Beirat

Die Entwicklung und Weiterentwicklung der Stadtteil- und Familienzentren soll durch einen Beirat begleitet werden. In ihm sollten neben der Universitätsstadt Tübingen wichtige professionelle und bürgerschaftlich engagierte Akteure aus den Stadtteilen und aus Bereichen wie etwa Schule, Selbsthilfe, Jugendhilfe, Behindertenhilfe und Seniorenarbeit beteiligt sein.

Kosten und Finanzierung

Pro Stadtteil entstehen durch diese Konzeption Kosten in Höhe von 100.000 bis 130.000 Euro.

Beispielrechnung:

- Personalkosten für 1 Stelle Sozialpädagogen, inkl. Nebenkosten	ca. 60.000 Euro
- Kostenbeteiligung des Landkreises	ca. -15.000 Euro
- Raumkosten für etwa 150 qm, geschätzt 12 €/qm im Monat	ca. 21.600 Euro
- Bewirtschaftungskosten, Sachmittel	ca. 50.000 Euro
- Honorarmittel	6.500 Euro
gesamt	ca.122.500 Euro

Stand: Februar 2015

Uta Schwarz-Österreicher